

Macht der Fluten Paroli bieten

HOCHWASSERSCHUTZ Rund 150 Überschwemmungsgebiete in Weser-Ems festgelegt

Vor 25 Jahren gab es eine Hochwasser-Katastrophe in der Region. Die Behörden verstärkten Anstrengungen zum Schutz von Menschen und Wohnsiedlungen.

VON HANS DRUNKENMÖLLE

OLDENBURG – Das Wasser der Hunte war seit Tagen gestiegen und gestiegen – im Oldenburger Land ging die Angst um. Der Deich bei Astrup (Landkreis Oldenburg) hielt dem ungeheuren Druck der zeitweise mehr als sieben Meter hohen Wassersäule schließlich nicht mehr stand: Ein 60 Meter breiter Bruch gab vor 25 Jahren den Fluten freien Lauf in die Niederungen. 1000 Hektar Weide- und Ackerland standen völlig unter Wasser. Rund 500 Häuser waren in Astrup, Höven und Wardenburg vom Wasser eingeschlossen. Ein Areal fast zehn Mal so groß wie das Zwischenahner Meer stand in der Gemeinde Lönningen nach dem Bruch der Hase-Dämme unter Wasser. Selbst älteste Einwohner konnten sich nicht erinnern, derartige Überschwemmungen erlebt zu haben, die zu Millionen-Schäden führten.

„In den vergangenen 25 Jahren ist viel für den Hochwasserschutz getan worden“, sagt Dr. Remmer Akkermann als Vorsitzender der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte Weser-Ems (BSH), „die Anstrengungen dürfen jedoch nicht nachlassen.“ Zwar seien die Hunteedeiche mittlerweile erheblich verstärkt worden, dennoch gebe es noch immer erhebliche Defizite bei der korrekten Ausweisung von Überschwemmungsgebieten, in die sich Flüsse bei Hochwasser ausbreiten sollen, um Siedlungen zu schützen.

Rund 150 dieser Gebiete sind nach Angaben des Niedersächsischen Landesbetrie-



So sah es vor rund 25 Jahren in Wardenburg aus: Nach einem Deichbruch hatte die Hunte die Gemeinde nahezu völlig überflutet.

BILD: ARCHIV

bes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) in Norden im Bezirk Weser-Ems seit dem schweren Hochwasser von 1998 festgelegt worden. Nach Auflösung der Bezirksregierung Weser-Ems haben die Landkreise (bis auf wenige Ausnahmen) die Verantwortung, das für diese Gebiete geltende Regelwerk durchzusetzen: Grünland beispielsweise darf nicht in Ackerland umgebrochen werden, der Bau von Wohnhäusern ist verboten. Wo neu festgesetzte Überschwemmungsgebiete

sich mit alten Wohnsiedlungen überlappen, ist den Gemeinden dringender Schutzbedarf signalisiert worden: „Die sind jetzt in der Pflicht“, mahnt LNWKN-Sprecherin Herma Heyken. In Delmenhorst soll Ende Mai mit dem Bau eines 14 Millionen Euro teuren Hochwasser-Rückhaltebeckens begonnen werden.

Druck auf das Land machen die regionalen Deichbände, die nach einer Kürzung der Bundesmittel um rund 20 Prozent Alarm geschlagen und einen Abbau des Küstenschutzes befürcht-

et hatten. Während 90 Prozent der Deiche in Niedersachsen auf dem neuesten Stand seien, liege der Deich bei Schweiburg (Landkreis Wesermarsch) 80 Zentimeter unter dem vorgeschriebenen Mindestmaß, hatte Deichband-Vorsteher Leenert Cornelius moniert. Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) beruhigte schließlich erregte Gemüter: Wenngleich dem Land zukünftig pro Jahr 4,5 Millionen Euro für den Deichbau fehlen, sollen alle geplanten Projekte verwirklicht werden.